Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10,20, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 II.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 904, 905, 1580, 1582, 1583 Für Nachtgespräche 1580 Geschäftsstelle Lützow 1902, 2248, 3394
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreis von 1 Mark für die neungespaltene zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die vierspaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 68, Lützowstraße 82.

Nr. 85. [58. Jahrgang.] Mittwoch 19. Februar 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 85.

Staatssekretär Preuß über die Reichsverfassung.

Der Reichsminister des Innern hat gestern in Weimar den Pressevertretern einige Aufklärungen über den gegenwärtigen Stand der Verfassungsfrage gegeben. Der Entwurf der Reichsverfassung ist bisher nur in seinem allgemeinen Teil mit 73 Paragraphen veröffentlicht worden. Vorbehalten bleiben ein Hinweis auf die künftige Wehrverfassung, sowie die besonderen Abschnitte über das Verkehrswesen, das Zoll- und Handelswesen, die Reichsfinanzen, die Rechtspflege und die Uebergangsbestimmungen. Der vervollständigte Entwurf wird, nach der Mitteilung des Staatssekretärs Preuß, 109 Artikel enthalten.

Außerordentlich ermutigend ist die Art, in welcher sich der Minister über die Aussichten einer Einigung in der Nationalversammlung aeäußert hat. Es ist unter den Regierungen über fast alle Punkte ein Einverständnis herbeigeführt worden, und die noch zu erörternden sind nicht von grundlegender Bedeutung. Wir wollen hoffen, daß diese bei den Regierungen bemerkte Geneigtheit, durch wechselseitiges Entgegenkommen Streitpunkte zu beseitigen, sich auch bei den zur schöpferischen Mitarbeit bereiten Parteien der Nationalversammlung zeigen und bis zur endgültigen Verabschiedung der Reichsverfassung andauern werde.

Nach § 20 des vorläufigen Entwurfes sollte der Reichstag aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhaus bestehen. Nach den neuerlichen Mitteilungen des Staatssekretärs, die wir bereits in unserer Montag-Abendausgabe wiedergegeben haben, tritt an die Stelle des Staatenhauses ein Reichsrat. Dieser soll soweit es sich um seine Zusammensetzung handelt, etwa die Stelle des bisherigen Bundesrats einnehmen, also nicht, wie ein Staatenhaus aus Abgeordneten der deutschen Freistaaten, sondern aus Gesandten der Einzelstaaten bestehen, wobei die Bevölkerungszahl betreffs der Zahl der Vertreter entscheiden wird, in den ersten drei Jahren die Staaten unter einer Million Einwohner keine Vertretung im Reichsrat haben sollen. Der Reichsrat unterscheidet sich aber in doppelter Beziehung vom alten Bundesrat. Dieser war ein dem Reichstag gleichwertiger gesetzgebender Faktor. Er war ihm sogar in gewisser Beziehung übergeordnet, weil die Ausführung der Gesetze in der Regel dem Bundesrat zugewiesen wurde. Er war ferner auch dem Reichskanzler gegenüber, in dessen Person sich die Reichsregierung vereinigte, ganz selbständig, so daß der Reichskanzler gegen den Willen des Bundesrats keine Vorschläge an den Reichstag bringen konnte. In beiden Beziehungen sollen nun grundlegende Aenderungen eintreten. Ist eine Meinungsverschiedenheit zwischen der verantwortlichen Reichsregierung und dem Reichsrat nicht herzustellen, so kann der Gesetzvorschlag von der Regierung dem Reichstag vorgelegt werden. Ist andererseits zwischen Reichsrat und Reichstag kein Einverständnis zu erzielen, so wird der Gesetzentwurf unter gewissen Voraussetzungen auch ohne diese Zustimmung des Reichsrats Gesetz. Das ergibt sich aus der Bemerkung des Reichsministers, daß der Reichsrat nur ein suspensives, nicht ein absolutes Vetorecht gegen die Beschlüsse des Reichstags haben soll.

Den einzigen grundlegenden Streitpunkt bildet die Frage der Zerstückelung Preußens. Diese Frage hat ja auch schon während des Wahlkampfes eine große Rolle gespielt und ist von den verschiedenen Parteien zu parteipolitischen Zwecken ausgebeutet worden. Was den Minister zu seinem Vorschlage veranlaßt hat, ist klar und in seiner Denkschrift zum vorläufigen Verfassungsentwurf mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gelangt. Preußen hat in seiner gegenwärtigen Ausdehnung vier Siebentel der gesamten deutschen Bevölkerung umfaßt. Bleibt es in diesem Bestande erhalten, so ist seine bisherige, vielfache Neibungen auslösende Vormachtstellung dauernd befestigt. Tritt eine Vereinigung zwischen dem Amte des Reichspräsidenten und des preußischen Präsidenten nicht ein, so findet ein Nebeneinanderregieren statt, das ebenfalls den Keim von Zusammenstößen in sich trägt. Wird andererseits durch eine den kulturellen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Grundlagen gerecht werdende Einteilung Preußens in mehrere Staatskörper die Gefahr einer Vormachtstellung behoben, so wird es möglich sein, alle Reservate der Südstaaten zu beseitigen, die sich, wie das Post- und Telegraphenregal Bayerns und Württembergs und die Selbständigkeit der Wehrverfassung Bayerns bisher für das Wirtschaftsleben und das Heerwesen des Reiches als überaus hinderlich erwiesen haben. Naturgemäß kann von einer Aufteilung Preußens nur die Rede sein, wenn diese partikularistischen Sonderstellungen, die von Bismarck lediglich bewilligt worden sind, um ein Gegengewicht gegen die aus der Größe Preußens sich ergebende Machtfülle zu bilden, beseitigt werden. Und ferner müssen die einzelnen Teile Preußens mindestens so groß bleiben, daß sie nicht hinter den großen übrigen Freistaaten, also Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen, zurückstehen.

Der Minister hat mit Recht betont, daß eine Einigung von allen Beteiligten gefordert werden muß. Hoffen wir, daß er mit dieser Mahnung bei allen Parteien der Nationalversammlung Verständnis finden wird, zum Heile des neu zu schaffenden Deutschen Reiches!

E. H.

Der Vortrag des Ministers.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 18. Februar.

Vor Pressevertretern hielt heute vormittag Staatssekretär Preuß einen Vortrag über die neue Reichsverfassung und nahm besonders Stellung zu der Schaffung eines föderativen Einheitsstaates. Er sagte u. a.:

Trotz mancher noch schwebender Differenzpunkte seien die Aussichten für die endgültige Fassung des Reichsverfassungsgesetzes gut. Die noch zu lösenden Punkte seien nicht von grundlegender Bedeutung. Noch könne nicht darüber gesprochen werden, da sie noch im Staatenhaus erörtert werden müßten. Der Entwurf werde zuerst im Staatenausschuß beraten und dann der Nationalversammlung zur Verabschiedung unterbreitet werden. Im Reichsministerium sei eine vollständige Uebereinstimmung und Einmütigkeit erzielt worden. Die Tatsache, daß die provisorische Verfassung in der Nationalversammlung innerhalb 25 Stunden glatt angenommen worden und in Wirksamkeit getreten sei, sei eine Tatsache von hervorragender Wichtigkeit und politischer Bedeutung. Natürlich werde es für die endgültigen Verfassung nicht möglich sein, über gewisse Streitfragen herumzukommen; aber ohne gewisse Zugeständnisse auf der beliebten mittleren Linie werde es nicht abgehen. Leider sei von einer großen Welle nationaler Begeisterung für die neue Verfassung nichts zu spüren. Der Grund dafür liege wohl aber darin, daß in weiten Kreisen nach den langen Kriegsjahren eine gewisse politische Gleichgültigkeit Platz gegriffen habe. Von den 109 Artikeln des Entwurfs seien es vielleicht zwei bis drei Punkte, über die keine vollkommene Einmütigkeit erzielt werden konnte, doch bestehe dagegenüber Aussicht, daß auch diese Differenzen beigelegt werden. Er sei der festen Ueberzeugung, daß, wenn der Entwurf in der Fassung, wie er vom Reichsministerium beschlossen wurde, Gesetz werde, d. h. von der Nationalversammlung angenommen werde, das Ziel erreicht sei, daß der außerordentlich notwendigen Gesundung der Zeit Raum in Deutschland die Bahn frei gemacht werde. Sobald der tote Punkt unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überwunden sein werde, dann werde auch der Aufstieg wieder beginnen. Man habe gegen seinen ersten Entwurf den Vorwurf erhoben, er wäre zu unitarisch, er verkenne zu sehr den föderativen Gedanken. Das Gegenteil sei der Fall. Ein wirklicher Bundesstaat sei einfach unmöglich, wenn ein einzelner Staat vier Siebentel des Ganzen umfasse. Er habe lediglich die Gedanken in die Praxis umgesetzt, die bereits von früheren Staatsrechtslehrern begründet worden wären.

Die preußische Verfassung werde allergrößte Reglichkeit mit unserer Reichsverfassung haben, nämlich unter Wegfall der föderativen Elemente, des Reichsrates und so weiter. Für ein großes Land sei es notwendig, daß ein Präsident an der Spitze stehe, während für die kleineren Einzelstaaten das Direktorialsystem vorzuziehen sei. Preußen sei aber kein kleiner Staat, sondern eine europäische Großmacht von 40 Millionen Einwohnern. Es werde sich also einen Präsidenten wählen müssen. Jetzt sei von allen Seiten die Anfrage gekommen, wie das Verhältnis zwischen dem preußischen und dem Reichspräsidenten sein wird. Man habe an eine Personalunion gedacht. Das wäre aber der erste Schritt zur Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Wie soll der preußisch-deutsche Präsident regieren? Mit einem preußischen und einem deutschen Ministerium? Dann hätten wir die alten Zustände und die alten Reibungen und daneben ein preußisches Parlament als Vertretung von 40 Millionen und ein deutsches Parlament als Vertretung von 40 plus einigen 20 Millionen Einwohnern. Er sei aus diesem Grunde für die Verkleinerung des preußischen Besitzstandes zugunsten anderer Hoheitsgebiete gewesen, weil dann das Uebergewicht Preußens gegenüber den anderen Staaten nicht so sehr ins Gewicht gefallen wäre. Bei der Festsetzung an den alten Zuständen sei aber zu befürchten, daß auch die anderen großen Bundesstaaten wie Bayern, Württemberg, Baden, ebenfalls einen Präsidenten für sich in Anspruch nehmen würden. Ferner sei zu erwarten, daß infolge der bei uns jetzt herrschenden Stimmung in Preußen selbst durch die Wiederherstellung der provinziellen Oberpräsidentenposten mit der Zeit sich eine Art von selbständigen Präsidien bilden würde, die in Wahrheit die Zerstückelung Preußens bedeuteten, die er durch eine gewisse Abrundung vermeiden wolle. Die neue Reichsverfassung enthalte Bestimmungen, die darauf hinginqen, daß sich die kleinsten Staaten zu größeren Gemeinwesen zusammenschlössen. Aber diese Bestimmungen könnten nur praktische Wirksamkeit erlangen, wenn die Möglichkeit gegeben sei, auch widerstrebende Staaten dazu zu veranlassen, die Bahn zu einer solchen Bildung freizugeben. Daß werde vielleicht den Punkt bilden, wo die Nationalversammlung zwischen Regierung und Staatenausschuß entscheiden müssen. Er sei der Ueberzeugung, daß die Einzelstaaten bei der Beschlußfassung des Staatenhauses weit besser auf ihre Rechnung gekommen wären, als bei der Umwandlung in einen sogenannten Reichsrat.

Der Reichsrat werde sich in seiner Zusammensetzung dadurch vom alten Bundesrat unterscheiden, daß Staaten unter eine Million Einwohner innerhalb dreier Jahre keine Vertretung im Reichsrat haben sollten, daß also die Bevölkerungszahlen die Grundlagen bilden würden. Komme die Uebereinstimmung zwischen Regierung und Reichsrat nicht zustande, so gelange der Entwurf an den Reichstag. Der Reichsrat werde allerdings ein suspensives Veterecht gegen die Beschlußfassung haben, nicht aber, wie bis vorher der Fall gewesen sei, gleichberechtigter Faktor bei der Gesetzgebung sein. Differenzen könnten dadurch ausgeglichen werden, daß der Reichspräsident ein Referendum anrufe. Gegen habe der Reichspräsident das Recht, wenn der Reichstag die Vorlage der Regierung verwerfe, durch Volksabstimmung eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

In verschiedenen Kreisen werde angestrebt, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament vornehmen zu lassen. Er halte diesen Weg nicht für richtig. Lediglich eine Volksabstimmung könne entscheidend sein, wer die höchste Würde im Deutschen Reiche bekleiden solle. Er sei zwar für ein parlamentarisches Ministerium, aber für einen aus Volkswahl hervorgegangenen Reichspräsidenten.

Windau von den Bolschewisten geräumt.

A. **Zürich, 18. Februar.** (Eigene Drahtmeldung.) **Havas meldet aus Kopenhagen: Von der britischen Flotte heute beschossen, haben die Bolschewisten Windau geräumt.**

Verlegung der Friedenskonferenz?

„New York Times" berichten, daß die amerikanische Vertretung entrüstet sei wegen der intensiven Propaganda der Franzosen, die zum Ziel habe, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Vertretung wolle deshalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Ort außerhalb Frankreichs zu verlegen.

Es handelt sich nicht um eine isolierte Stimme, sondern um ein Konzert der Presse. Auch „Washington Post" spricht von einer Obstruktionspolitik der französischen Presse.

Die feindlichen Bedingungen bis zum Vorfrieden.

Befriedigung in Paris.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung".

Paris, 18. Februar.

Die Bedingungen des neuen mit Deutschland abgeschlossenen Waffenstillstandes befriedigt das französische Publikum im allgemeinen durchaus. Pressekommentare über die Trierer Verhandlungen liegen zur Stunde noch nicht vor. Wie Minister Erzberger französische Journalisten gegenüber erklärt haben soll, ist eine Besetzung Essens und Frankfurts a. M. durch den Verband nicht ins Auge gefaßt. Gegenüber den Polen, so sagte Erzberger, würden die Deutschen die vereinbarte Linie einhalten, wenn die Polen das gleiche tun werden. Nach Meldungen französischer Blätter sollen die Bestimmungen für einen dauernden Waffenstillstand innerhalb der nächsten acht Tage von Marschall Foch den deutschen Delegierten überreicht werden. Wie „Heure" aus guter Quelle erfahren haben will, soll Deutschland verpflichtet sein, seine Armee auf 250 000 Mann zu reduzieren, da diese zur Aufrechterhaltung der Ordnung vollkommen genügen würden. Die russische Frage ist von der Waffenstillstandskonferenz wiederum vertagt worden. In der heutigen Sitzung wurde die italienisch-spanische Frage erörtert.

Eine Mahnung in zwölfter Stunde.

Amsterdam, 18. Februar. Die Blätter veröffentlichen einen Aufruf an die Regierungen und Vertreter auf der Friedenskonferenz, ihren ganzen Einfluß zur Erzielung eines gerechten Friedens und einer allgemeinen Versöhnung aufzubieten. Der Aufruf ist von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten in Deutschland, Oesterreich, den Neutralen und den Verbandsländern unterzeichnet, u. a. von Romain Rolland, Ellen Key und mehreren Cambridger Professoren.

Ruhrkohlen für die Schweiz.

K. Basel, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Regierung hat vor kurzem in der Schweiz anfragen lassen, ob die schweizerische Regierung bereit sei, deutsche Kohlen aus dem Ruhrgebiet mit eigenem Eisenbahnmaterial zu beziehen. Darauf hat die schweizerische Regierung mitteilen lassen, daß sie die benötigten Wagen leihweise Deutschland zur Verfügung stellen werde. Die Einzelheiten sind noch Gegenstand von Beratungen zwischen den Eisenbahnbehörden.

Der Vortrag Fochs.

Havas-Bericht über die diplomatische Lage.

Paris, 17. Februar.

Foch berichtete am Montag den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland. Nach den Erklärungen teilte Wemgand eine kleine Aenderung in der Demarkationslinie in Posen mit. Die Frage der den Deutschen entzogenen Gebiete wurde besprochen, aber keine Stellung dazu genommen. Die Ueberwachung und der Schutz dieser Gebiete würde in Warschau durchgeführt. Da es sich nur um eine vorläufige Maßnahme handelt, wird keine feste Stellung dazu zu nehmen sein.

Ferner kam die Ablieferung der Handelsschiffe, des noch ausstehenden rollenden Geräts und der U-Boote zur Sprache. Auch wurde die Rückgabe der aus den besetzten Gebieten weggeführten Rententitel, industriellen Werte usw. besprochen; es wurde dabei besonders auf Elsaß-Lothringen hingewiesen. Zu dem Waffenstillstandsabkommen sei noch zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handle. In den nächsten Tagen werde ein endgültiger Waffenstillstandsentwurf vorgelegt werden, der bis zum Abschluß des Präliminarfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 25000 (?) Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alles Kriegsgerät soll gemeinsam mit den Kriegsindustrien dem Verband unterstellt werden. Die Sonderkommission hat ihre Arbeiten für diesen Antrag beendet und das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte nächstens vorgelegt werden. Es sei nötig, daß Foch in der Lage sein wird, die Bedingungen den Deutschen bereits am nächsten Donnerstag bekannt zu geben.

Die Sitzung war durch diese Besprechung ganz ausgefüllt, so daß die Fragen eine Verzögerung erlitten; doch sei zur Weiterberatung noch ein Untersuchungsergebnis abzuwarten.

Genf, 18. Februar. Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte Clemenceau im Kammerausschuß für Auswärtiges, daß der Beginn der Vorfriedensverhandlungen auf den 15. März festgesetzt werde.

Die Waffenstillstandsdebatte.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 18. Februar.

Wer geglaubt hatte, die heutige Sitzung würde einen Gerichtstag über den Reichsminister Erzberger bedeuten und die bisherige Führung der Waffenstillstandsverhandlungen als ein fehlerhaftes Unternehmen bloßstellen, kam nicht auf seine Kosten. Der Abgeordnete Woeller, der mit der Begründung der Interpellation Heinze und Genossen heute seine Jungfernrede hielt, war offenbar nicht der Mann, den durch die Stürme der letzten sechzehn Jahre hart zerworbenen Zentrumsführer aus dem Sattel zu heben. Und „die schwere Attacke der Schwerindustrie", wie sein Vorredner von Gröber getauft wurde, endete mit einem vollen Rückzug, den auch der schneidige Husarenritt des Führers der äußersten Rechten nur höchst unvollkommen zu decken vermochte. Mochte es sich auch der Führer der Unabhängigen nicht nehmen, bei dieser Gelegenheit seinen ehemaligen Genossen in der Regierung an Zeuge zu flicken, letzten Endes mußten auch seine Worte doch dazu dienen, den Block zu stützen, der aus der heutigen Sitzung zweifellos den Gewinn erheblicher Festigung nach innen und außen zu verbuchen hat.

Vor gefüllten Wänden des Hauses und Licht befreiten Regierungstischen begann die Sitzung kurz nach 2 Uhr. Zum erstenmal gewahrte man im Hintergrund des Bühnenrundes unter den dort lebhaft diskutierenden, zusammenstehenden Regierungsvertretern während des größten Teiles der Sitzung die sympathische Gestalt des Gesandten Deutsch-Oesterreichs mit mehreren Herren seiner Umgebung; vielleicht ein Ermutigungszeichen, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem er seinen rechtmäßigen Platz am Tische des Staatenausschusses einnehmen wird. Einen leisen Anflug des Hauptthemas der Tagung brachten Telegramme aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen: allseitiger Beifall des Hauses begleitete andere, die sich gegen den Vergewaltigungsspuhel und die übermäßigen Tanz- und Festchingsbetätigungen wendeten.

Das lebhafte Temperament, mit dem Generaldirektor Boegler die Begründung der Interpellation Heinze einleitete, erweckte schon nach wenigen Worten ein lebhaftes Echo im ganzen Haus, das offenbar nicht die von Vorredner gebahnte Richtung nahm. Sie setzte sich fort, daß alle Parteien, vom Zentrum bis zu den Unabhängigen, gewillt waren, den schweren Entschluß, mit dem die Regierung am Sonntag zur Annahme der neuen Waffenstillstandsbedingungen kommen war, unbedingt zu unterstützen. Der Frage des Redners, warum bei den Verhandlungen eine Sachverständigen der Industrie zugezogen worden wären, scholl sofort der Chor entgegen: „Interessenten, nicht Sachverständige!"

Erzberger, der anfangs mit gerötetem Kopf an der Seite des Ministerpräsidenten gesessen hatte, gewann offenbar durch diese starke Unterstützung sofort völlig die gewohnte Sicherheit wieder; jeden Einwurf vom Rednerpult begleitete er durch schlagfertige Sätze zu seinen Nachbaren und das Haus hinein. Den Redner wiederum schien dieses Verhalten nur noch zu größerer Animosität anzufeuern. Worte, wie „Selbstüberschätzung" und das mehrfach vorgehaltene „Wer gab Ihnen das Recht! . . .?" riefschließlich bei der Mehrheit stürmische Unruhe hervor, so daß Präsident Fehrenbach genötigt war, ernsthaft zur Ruhe zu mahnen und den Redner ausreden zu lassen. Als er schließlich unkorrigiert genug war, zu sagen: „Ich stehe hier als Vertreter einer Industrie," erhoben sich die Stürme von neuem und ließen die letzten Worte unter lautem Zischen verhallen.

Auf diese starke Reizung des Hauses gestützt, fiel es dem Führer der Waffenstillstandsverhandlungen nicht schwer, sich zu rechtfertigen. Besonders lebhaft war die Zustimmung, als er das Erscheinen der abschlachtenden Deutschrift der deutschen Kommission über ihre bisherige Tätigkeit in den nächsten Tagen ankündigte.

Wenn auch der Ministerbes Auswärtigen nicht das Wort selbst ergriff, so war doch die Art, wie man heute häufig Erzberger, Scheidemann und den Grafen Brockdorff an der Regierungstafel miteinander verhandeln sah, Beweis genug für die Solidarität der Kombinationen, die in den letzten Tagen nicht zum Schweigen kommen wollten. Das Ausland wird um den Eindruck der heutigen Sitzung nicht herumkommen, den die Geschlossenheit aller Glieder der Reichsregierung in der Friedensfrage unwiderleglich zum Ausdruck gebracht hat. Schweres Geschütz mußte Erzberger zu seiner Entlastung auffahren; am eindrucksvollsten war die Wirkung im Haus, und wird sie jedenfalls auch draußen sein, als er Hindenburgs Telegramm verlas, das den deutschen Bevollmächtigten im Walde von Compiègne die Zustimmung auch unter allen Umständen, auch wenn die Mindestbedingungen nicht zu erlangen wären, den Waffenstillstand abzuschließen! Nicht wenigerer erleichterte ihn der Zuruf Haases, der sein angebliches Interview mit dem Pariser „Gressier" entschieden als Unwahrheit darstellte, worin der Führer der Unabhängigen dem französischen Blatt von der Aufstellung eines neuen Ostheeres von 600 000 Mann erzählt haben sollte. Das Haus bereitete dem Reichsminister am Ende seiner Ausführungen eine lebhafte Ovation, in der das Zischen der Rechten völlig unterging.

In der folgenden Besprechung der Interpellation leate zunächst Müller-Breslau, als Sprecher der Sozialdemokraten, offenbar noch unter dem Eindruck seines Berner Aufenthaltes, das Hauptgewicht auf die Wirkung im feindlichen Ausland. Es gehe nicht an, daß nur Generaldirektoren als Sachverständige nach Trier und Spaa entsandt würden; denn sie wären draußen nur zu bekannt als diejenigen, die in den vier Kriegsjahren von einem Rechtsfrieden nie etwas hätten wissen wollen. Sie und ihre Presse wären es, die heute noch täglich die harten Keime der Verständigung zu Boden träten und der in Amerika und England sichtlich zutage werdenden Stimmung wieder mit aller Gewalt das Wasser trübten. Weite Kreise bei uns seien sich offenbar noch immer nicht des furchtbaren Ernstes unserer Lage bewußt. Können diese Stimmen bei uns nicht endlich zum Schweigen, so sei keine Hoffnung, daß der Glaube der Welt an den ehrlichen Willen des neuen Deutschland Raum gewinne, und das Gerede von der deutschen Camouflage endlich verstumme. Dazu gehöre aber auch, daß in die jungene Generation von vornherein der neue Geist, der seinen Krieg nicht nur jetzt, sondern in aller Zukunft wolle, gelegt werde.

Der Zentrumsführer Gröber trat mit seinen Freunden einmütig hinter den Parteigenossen am Ministertisch und stellte